

Inhaltsübersicht

I. DIE GRUNDLAGEN DER ZURECHNUNG EINES ERFOLGES

§ 1 Der tatbestandsmäßige Erfolg	21
§ 2 Die Kausalität	28
§ 3 Die Kausalität der Sorgfaltspflichtverletzung, auch Rechtswidrigkeitszusammenhang oder Realisierung des unerlaubten Risikos genannt	57
§ 4 Der Schutzzweck einer Sorgfaltsnorm und seine Ermittlung	70
§ 5 Der Vertrauensgrundsatz	81
§ 6 Zurechnungsausschluss wegen Selbstgefährdung des Opfers	91

II. DER TATBESTAND DES VORSATZDELIKTS

§ 7 Das Begriffsverhältnis von Fahrlässigkeitsdelikt und Vorsatzdelikt	100
§ 8 Der Inhalt des vorsatzbegründenden Wissens	103
§ 9 Der Vorsatz als schwere Unrechtsform und Schuld	122
§ 10 Die Zurechnung des Erfolges und des Kausalverlaufs zum Vorsatz	146

III. DIE RECHTFERTIGUNG DER TATBESTANDSVERWIRKLICHUNG

§ 11 Handeln im Interesse des Inhabers des betroffenen Rechtsguts	170
§ 12 Die Notwehr	182
§ 13 Der Notstand und die Irrtümer bei der Rechtfertigung	195
§ 14 Rechtfertigung durch Verfahren	208
§ 15 Die <i>actio illicita in causa</i>	214

IV. SCHULD UND ENTSCHEIDUNG

§ 16 Tatschuld und Tatzeit – Die <i>actio libera in causa</i>	226
§ 17 Der entschuldigende Notstand nach § 35	235
§ 18 Der entschuldigende Notwehrnexzess nach § 33	240
§ 19 Unrechtsbewusstsein, Verbotsirrtum und Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums	245

V. DER VERSUCH

§ 20 Der Tatbestand des Versuchs	258
§ 21 Der strafbefreende Rücktritt vom Versuch	277

VI. DIE FORMEN DER BETEILIGUNG AN DER STRAFTAT

§ 22 Die Systematik der Beteiligungsformen	299
§ 23 Die Mittäterschaft	303
§ 24 Die mittelbare Täterschaft	315
§ 25 Die Anstiftung	326
§ 26 Die Beihilfe	335
§ 27 Gemeinsame Regeln der Zurechnung an den Tatbeteiligten	341
§ 28 Zur Unterscheidung von Tun und Unterlassen	361
§ 29 Die Garantenpflichten	366
§ 30 Die Kausalität des Unterlassens	386
§ 31 Die Garantenpflicht im subjektiven Tatbestand	396
§ 32 Sonderformen des Verbrechens durch Unterlassen	400

VII. DIE LEHRE VON DEN KONKURRENZEN

§ 33 Funktion und Systematik der Lehre von den Konkurrenzen	409
§ 34 Die Bildung der Tateinheit	419
Literaturverzeichnis	429
Entscheidungsverzeichnis	453
Stichwortverzeichnis	459

Inhalt

I. DIE GRUNDLAGEN DER ZURECHNUNG EINES ERFOLGES

§ 1 Der tatbestandsmäßige Erfolg	21
1. Die Lehre vom Erfolg in seiner konkreten Gestalt – Der Staubhemdfall, RGSt 8, 267	21
2. Was ist ein tatbestandsmäßiger Erfolg?	23
3. Quantifizierbare Erfolge – Der Wasserverunreinigungsfall	25
§ 2 Die Kausalität	28
1. Die Ursache als notweniger Bestandteil einer hinreichenden und wahren Entstehungsbedingung des Erfolges – Der Psychiatriefall, BGHSt 49, 1	28
2. Mehrfachkausalität – Der Ledersprayfall, erstes Problem, BGHSt 37, 106	32
3. Kausalgesetze und andere Regeln zur Bestimmung einer hinreichenden Mindestbedingung	34
a) Kausalgesetze und ihr Beweis – Der Ledersprayfall, zweites Problem	34
b) Zurechnung nach Wahrscheinlichkeitsgesetzen (die sog. kausalitätsersetzende Risikoerhöhungstheorie) – Der Metastasenfall, BGH GA 1988, 184	36
c) Rechtspflichten als Zurechnungsgrundlage, die Missachtung der Pflicht, Dritten Gelegenheit zur Pflichterfüllung zu geben	40
aa) Der Ledersprayfall, drittes Problem, BGHSt 37, 106	40
bb) Der Abszessfall, BGH NStZ 1986, 217	42
d) Selbstschutzregeln als Zurechnungsregeln	44
aa) Der Lawinenfall, Schweizerisches Bundesgericht, BGE 91 IV 117	44
bb) Der Gasanschlussfall, OLG Naumburg, NStZ-RR 1996, 229	44
4. Psychische Kausalität	45
a) Der Referendarfall, BGHSt 13, 13	45
b) Der Galavitfall, BGH NStZ 2010, 88	47
5. Verursachung durch Hinderung rettender Kausalverläufe	49
a) Der Serum-Fall	49
b) Erschleichung von Spenderorganen durch falsche Angaben bei Eurotransplant als Tötungsdelikt – Der Organspendeskandalfall BGH NStZ 2017, 701	50
6. Hinweise zur praktischen Anwendung	54
§ 3 Die Kausalität der Sorgfaltspflichtverletzung, auch Rechtswidrigkeitszusammenhang oder Realisierung des unerlaubten Risikos genannt	57
1. Was ist Kausalität der Sorgfaltspflichtverletzung? – Der Blinkerfall	57
2. Das Vollständigkeitserfordernis	58
a) Der Drei-Radfahrerfall, RGSt 63, 392	58
b) Austausch von Sorgfaltspflichten – Der Reifenfall, OLG Köln VRS 64, 257	60
3. Mehrfachkausalität von Sorgfaltspflichtverletzungen	61
a) Der Bushaltestellenfall, BGH VRS 25, 262	61
b) Der Lastzug-Radfahrer-Fall, BGHSt 11, 1	63

c) Der Trunkenheitsfahrerfall, BGHSt 24, 31	65
4. Hinweise zur praktischen Anwendung	68
§ 4 Der Schutzzweck einer Sorgfaltsnorm und seine Ermittlung	70
1. Das Durchgängigkeitserfordernis oder die Verursachung erlaubter Gefahren durch unerlaubtes Verhalten	70
a) Der Taxifall	70
b) Zum Schutzzweck von Geschwindigkeitsbegrenzungen – Der erste Ortstafelfall, BayObLG VRS 57, 360	72
2. Das Kriterium der generellen Geeignetheit	73
a) Vom Sinn des Topos von der Maßgeblichkeit des Versagens in der konkreten Verkehrssituation	73
b) Die generelle Geeignetheit von Geschwindigkeitsbegrenzungen – Der Fußgängerfall, BGH VRS 20, 129	75
c) Generelle Geeignetheit und Doppelkausalität – Der Kreuzungsfall, BGHSt 33, 61	76
3. Hinweise zur praktischen Anwendung	78
§ 5 Der Vertrauensgrundsatz	81
1. Vertrauensgrundsatz und Sorgfaltspflicht – Der Pyromanenfall, OLG Stuttgart JR 1997, 517	81
2. Der Vertrauensgrundsatz im Straßenverkehr – Der zweite Ortstafelfall, BayObLG VRS 58, 221	83
3. Vertrauensgrundsatz und nachträgliches Verschulden – Der Feuerwehrfall, OLG Stuttgart NStZ 2009, 331	85
4. Hinweise zur praktischen Anwendung	89
§ 6 Zurechnungsausschluss wegen Selbstgefährdung des Opfers	91
1. Das Prinzip der freiverantwortlichen Selbstgefährdung – Der Motorradrennenfall, BGHSt 7, 112	91
2. Freiverantwortliche Selbstgefährdung und einverständliche Fremdgefährdung – Der Beschleunigungstestfall, BGHSt 53, 55	92
3. Die Verantwortlichkeit des Gefahrverursachers für die Selbstgefährdung eines Retters – Der Retterfall, BGHSt 39, 322	95
4. Paternalistische Sorgfaltspflichten – Der Heroinfall BGH NStZ 2001, 205	97
5. Hinweise zur praktischen Anwendung	98
II. DER TATBESTAND DES VORSATZDELIKTS	
§ 7 Das Begriffsverhältnis von Fahrlässigkeitsdelikt und Vorsatzdelikt	100
1. Allgemeines	100
2. Der Unfallprovokationsfall, BGH StV 2000, 22	101
§ 8 Der Inhalt des vorsatzbegründenden Wissens	103
1. Tatbestand und Vorsatzinhalt	103

2. Die sog. normativen Tatbestandsmerkmale als Inhalt des Vorsatzwissens	105
a) Der Irrtum über das Bestehen eines Anspruchs – Der Kakaobutterfall, BGHSt 5, 90	105
b) Der Vorsatzinhalt in Bezug auf die Rechtswidrigkeit der Bereicherung – Der Erpressungsfall, BGH NStZ 2017, 465	106
3. Das Vorsatzwissen um wertende Tatbestandsmerkmale	107
a) Der Vorsatzinhalt in Bezug auf tatbewertende Tatbestandsmerkmale – Der Kolonnenspringerfall, BayObLG NJW 1969, 565	107
b) Zur Unterscheidung von Tatsachenirrtum und Wertungsirrtum beim Vorsatz – Der Fall Mannesmann, BGH NJW 2006, 522	108
4. Vorsatzwissen bei Blankettmerkmalen	111
a) Der Fall Mig 21, BGH NStZ 1993, 594	111
b) Zur Unterscheidung institutioneller (sog. normativer) Merkmale von Blankettmerkmalen	114
5. Der unbeachtliche Subsumtionsirrtum – Der Flutkoordinatorfall, BGH NStZ 2008, 87	116
6. Hinweise zur praktischen Anwendung	119
§ 9 Der Vorsatz als schwere Unrechtsform und Schuld	122
1. Der Streit um das sog. Willenselement des Vorsatzes	122
2. Die Normativierung des Willenselements des Vorsatzes Der Berliner Raserfall BGH NStZ 2020, 602	131
3. Die Methode des offenen Katalogs von Vorsatzindikatoren in der Praxis	133
a) Der Aids-Fall, BGHSt 36, 1	133
b) Der Feuerzeugfall, BGH NStZ 2000, 583	136
c) Der Brandbeschleunigerfall, BGH NStZ 2013, 159	138
d) Der Türsteherfall, BGH NStZ 2014, 35	139
e) Der Ausländerfall, BGH NStZ 2015, 216	141
4. Hinweise zur praktischen Anwendung	142
§ 10 Die Zurechnung des Erfolges und des Kausalverlaufs zum Vorsatz	146
1. Die allgemeinen Regeln der Zurechnung zum Vorsatz	146
2. Der reine Irrtum über den Kausalverlauf	149
a) Der Hauseinsturzfall – BGH NStZ 2007, 700	149
b) Der Fall Rudi Dutschke	151
c) Mitverschulden als Kausalabweichung – Der Hochsitzfall, BGHSt 31, 96 (Abwandlung)	152
3. Verspäteter Erfolgseintritt (sog. dolus generalis) – Der Jauchegrubenfall, BGHSt 14, 193	154
4. Erfolgseintritt durch vorsätzliches Handeln eines Dritten – Der Freundschaftsdienstfall, BGH NStZ 2001, 29	155
5. Vorzeitiger Erfolgseintritt	158
a) Erfolgsverursachung durch Vorbereitungshandlungen – Der Haschischkurierfall, BGH NStZ 1991, 537	158
b) Erfolgsverursachung durch Versuch – Der Kofferraumfall, BGH NStZ 2002, 309	158
6. Die sog. aberratio ictus	160
a) Der Schusswechselfall, BGHSt 38, 295	160

b) Zur Unterscheidung von aberratio ictus und error in objecto – Die Sprengfalle, Abwandlung BGH NStZ 1998, 294 f.	163
7. Hinweise zur praktischen Anwendung	166
<hr/>	
III. DIE RECHTFERTIGUNG DER TATBESTANDSVERWIRKLICHUNG	
§ 11 Handeln im Interesse des Inhabers des betroffenen Rechtsguts	170
1. Handeln mit Einwilligung – Der Medizinalpraktikantenfall BGHSt 16, 309	170
2. Die mutmaßliche Einwilligung – Der Myomfall BGHSt 11, 111	172
3. Die hypothetische Einwilligung, ein neuer Rechtfertigungsgrund für ärztliche Heileingriffe – Der Pseudarthrosefall, BGHR § 223 Abs. 1 Heileingriff 2	175
4. Die hypothetische richterliche Anordnung als Rechtfertigung einer polizeilichen Zwangsmaßnahme – Der Fall Jalloh, BGHSt 59, 292	178
5. Hinweise zur praktischen Anwendung	180
§ 12 Die Notwehr	182
1. Die erforderliche Verteidigung – Der Fußballspielerfall, BayObLG NStZ 1988, 408	182
2. Notwehr gegen Putativnotwehr – Der scheinbare Diebstahl OLG Hamm NJW 1977, 590	184
a) Die Putativnotwehrlage	184
b) Die Verteidigung gegen Putativnotwehr	186
3. Das Erfordernis der Gebotenheit der Notwehr	188
a) Drei Einschränkungen des Notwehrrechts praeter legem	188
b) Einschränkung des Notwehrrechts durch Angriffsprovokation – Der Eisenbahnabteifall BGHSt 42, 97	189
4. Hinweise zur praktischen Anwendung	193
§ 13 Der Notstand und die Irrtümer bei der Rechtfertigung	195
1. Drei Arten des rechtfertigenden Notstands	195
2. Pflichtenkollision und Rettungswille – Der Geisterfahrerfall, OLG Karlsruhe JZ 1984, 240	196
3. Der allgemeine Notstand und der Erlaubnistratbestandsirrtum	197
a) Der Putativnotstand – Der Augenverletzungsfall, OLG Koblenz NJW 1988, 2316 (Abwandlung)	197
b) Die Erfüllung einer Prüfungspflicht als selbstständiges Element der Rechtfertigung durch Notstand	198
c) Der vermeidbare Erlaubnistratbestandsirrtum	200
4. Der Abwägungsrirtum als Erlaubnisirrtum – Der Wellensittichfall, OLG Düsseldorf NJW 1990, 2264	203
5. Der sogenannte umgekehrte Erlaubnistratbestandsirrtum – Der Wohnwageneinbrecherfall BGH NJW 2017, 1186	204
6. Hinweise zur praktischen Anwendung	206
§ 14 Rechtfertigung durch Verfahren	208
1. Rechtfertigung durch Verwaltungsakt – Der Sondermüllfall, BGHSt 39, 381	208

2.	Rechtfertigung durch Amtshandeln und pflichtgemäßes Ermessen – Der Flugblattverteilerfall, BGHSt 21, 334	209
3.	Die Wahrnehmung berechtigter Interessen nach § 193 StGB – Der Fall Stolpe, BVerfGE 114, 339	209
4.	Hinweise zur praktischen Anwendung	212
§ 15	Die actio illicita in causa	214
1.	Verursachung einer Notstandslage – Nochmals der Myomfall, BGHSt 11, 111	214
2.	Actio illicita in causa bei Rechtfertigung durch Verfahren – Nochmals: Der Sondermüllfall, BGHSt 39, 381	218
3.	Actio illicita in causa und Notwehr – Der Totschlägerfall, BGH NStZ 2001, 143	221
4.	Hinweise zur praktischen Anwendung	225
IV. SCHULD UND ENTSCHEIDUNG		
§ 16	Tatschuld und Tatzeit – Die actio libera in causa	226
1.	Konstruktion der actio libera in causa – Der Trunkenheitsfahrtfall, BGHSt 42, 235	226
2.	Actio libera in causa und Betätigung des Tatentschlusses – Der Trinkerbandenfall, BGHSt 21, 381	230
3.	Actio libera in causa und verminderte Schuldfähigkeit – Der Verabredungsfall, BGH NStZ 2000, 584	232
4.	Hinweise zur praktischen Anwendung	233
§ 17	Der entschuldigende Notstand nach § 35	235
1.	Der Grubenunglücksfall, RG 72, 246	235
2.	Hinweise zur praktischen Anwendung	239
§ 18	Der entschuldigende Notwehrexzess nach § 33	240
1.	Der intensive Notwehrexzess	240
2.	Der extensive Notwehrexzess – Der Messerstecherfall, BGH NStZ 2002, 141	241
3.	Hinweise zur praktischen Anwendung	243
§ 19	Unrechtsbewusstsein, Verbotsirrtum und Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums	245
1.	Das Unrechtsbewusstsein als Schuldelement	245
2.	Das sog. bedingte Unrechtsbewusstsein und die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums – Der Preisempfehlungsfall, BGHSt 27, 197	247
3.	Unrechtsbewusstsein bei unentschiedener Rechtsfrage – Der Parkkrallen- Fall, BGH NStZ 2017, 284 (vereinfachte Version)	250
4.	Änderung der Rechtsprechung und Unrechtsbewusstsein – Der Fall Opus Pistorum, BGHSt 37, 55	252
5.	Hinweise zur praktischen Anwendung	255

V. DER VERSUCH

§ 20 Der Tatbestand des Versuchs	258
1. Der sog. umgekehrte Tatbestandsirrtum – Der Arztbrieffall, BGHSt 42, 268	258
2. Der umgekehrte Subsumtionsirrtum – Der Fotomontagefall, OLG Düsseldorf, NStZ 2001, 482	262
3. Der sog. umgekehrte Wertungsirrtum – Der Schiffsführerfall, BGH JR 1994, 510	264
4. Der sog. umgekehrte Irrtum über ein Blankettmerkmal – Der Bewerbungsfall, BGHSt 1, 13	265
5. Der Irrtum über die Geltung eines blankettausfüllenden Gesetzes – Der Wiedergutmachungsfall, BGHSt 3, 248	267
6. Der Beginn des Versuchs bei unmittelbarer Täterschaft – Der Gubener Hetzjagdfall, BGH JR 2003, 122	269
7. Der Beginn des Versuchs bei mittelbarer Täterschaft – Der Bärwurzfall, BGHSt 43, 177	271
8. Hinweise zur praktischen Anwendung	274
§ 21 Der strafbefreiende Rücktritt vom Versuch	277
1. Einzelaktstheorie und Theorie von der natürlichen Versuchseinheit – Der Gattinnenmörderfall, BGH NStZ 1986, 264	277
2. Rücktritt trotz Erreichung des Handlungszwecks – Der Denkzettelfall, BGHSt GS 39, 221	279
3. Die Korrektur des Rücktrittshorizonts – Der Zigarettenpausefall, BGH NStZ 2017, 459	283
4. Die Freiwilligkeit des Rücktritts – Der „Zeitmangel“-Fall, BGHSt 35, 184	285
5. Der Rücktritt durch Verhinderung des Erfolges	288
a) Die Entwicklung der Rechtsprechung	288
b) Der Gashahnfall, BGH NStZ 2003, 308	289
6. Späte Erfolgsabwehrung und Rücktritt durch ernstliches Bemühen – Der Asylbewerberfall, BGH NStZ-RR 2000, 42	294
7. Hinweise zur praktischen Anwendung	296

VI. DIE FORMEN DER BETEILIGUNG AN DER STRAFTAT

§ 22 Die Systematik der Beteiligungsformen	299
§ 23 Die Mittäterschaft	303
1. Tatbestandsverwirklichung und Mittäterschaft – Der Rauschgifteinfuhrfall, BGHSt 38, 315	303
2. Mittäterschaft ohne Beteiligung an der Tatausführung – Der Landmaschinenfall, BGH Wistra 2012, 433	304
3. Mittäterschaft durch Förderung außertatbestandlicher Ziele – Der Fall Zschäpe, BGH JR 2021, 644	306
4. Mittäterschaft durch konkludente Tatverabredung – Der Polizistenmordfall, BGHSt 37, 289	308
5. Mittäterschaft bei Äußerungsdelikten – Der Fall „Radikal“, BGHSt 36, 363	311

6. Hinweise zur praktischen Anwendung	312
§ 24 Die mittelbare Täterschaft	315
1. Grundprinzipien der mittelbaren Täterschaft – Der Salzsäurefall, BGHSt 30, 363	315
2. Das Opfer als genötigtes Werkzeug einer mittelbaren Täterschaft – Der Lehrlingsfall, RGSt 26, 242	319
3. Mittelbare Täterschaft durch Ausnutzung regelhafter Abläufe – Der Konkursverschleppungsfall, BGH NStZ 1998, 568	322
4. Hinweise zur praktischen Anwendung	324
§ 25 Die Anstiftung	326
1. Der objektive Tatbestand der Anstiftung – Der Bank- oder Tankstellenfall, BGHSt 34, 63	326
2. Die sog. Umstiftung – Der Knüppelfall, BGHSt 19, 339	329
3. Hinweise zur praktischen Anwendung	332
§ 26 Die Beihilfe	335
1. Der Erfolg der Beihilfe – Der Staubhemdfall RGSt 8, 267	335
2. Berufstypisches Verhalten als Beihilfe – Der Broschürenfall, BGH NStZ 2000, 34	337
3. Hinweise zur praktischen Anwendung	339
§ 27 Gemeinsame Regeln der Zurechnung an den Tatbeteiligten	341
1. Der Täterexzess – Der Räuberfall, BGH NStZ 1992, 537	341
2. Das Prinzip der akzessorischen Zurechnung bei der Teilnahme – Der Hoferbenfall, BGHSt 37, 214	342
3. Die Lockerung der Akzessorietät nach § 28 f. – Der Steuerhinterziehungsfall, BGHSt 41, 1	347
a) Was ist ein strafbegründendes besonderes persönliches Merkmal?	347
b) Die sog. unechten Amtsdelikte – Der Blutprobenaustauschfall, BGHSt 5, 76	351
c) Gibt es strafbegründende Schuldmerkmale? – Ein moderner Leinenfängerfall	354
4. Die höchstpersönlichen Mordmerkmale – Der Erschießungsfall, BGHSt 1, 369	356
5. Hinweise zur praktischen Anwendung	360
§ 28 Zur Unterscheidung von Tun und Unterlassen	361
1. Unterlassen durch Tun – Der Küchenbrandfall, BGH NStZ 1999, 607	361
2. Die Unterlassungskomponente im sorgfaltspflichtwidrigen Tun – Der Chirurgenfall, BGH NStZ 2003, 657	362
3. Hinweise zur praktischen Anwendung	364
§ 29 Die Garantenpflichten	366
1. Garantenpflicht aus Ingerenz – Der Notwehrfall, BGH NStZ 2000, 414	366

2. Die Garantenpflicht zur Überwachung einer Gefahrenquelle	367
a) Die Pflicht des Fahrzeughalters nach § 7 Abs. 3 StVG als Garantenpflicht – Der Scheunenfestfall, OLG Hamm NJW 1983, 2456	367
b) Der Wohnungsinhaber als Garant – Der Rauschgiftdealerfall, BGH HRRS 2016 Nr. 378	369
3. Garantenpflicht aus Übernahme	370
a) Das Wuppertaler Schwebebahnunglück, BGH NStZ 2002, 421	370
b) Die Garantenstellung des Compliance-Beauftragten – Der Gebührenüberhebungsfall, BGHSt 54, 44	372
4. Amtsträger als Garanten	376
a) Eine Garantenpflicht des Polizeibeamten zur Verhinderung von Straftaten – Der Kneipenbesuchfall, BGHSt 38, 388	376
b) Der Verwaltungsbeamte als Garant – Der Abwasserbeseitigungsfall BGHSt 38, 325	379
5. Garantenpflicht und freiverantwortliche Selbstgefährdung beim Drogenkonsum – Der GBL-Fall, BGHSt 61, 21	380
6. Hinweise zur praktischen Anwendung	384
§ 30 Die Kausalität des Unterlassens	386
1. Mehrfachkausalität von Unterlassungen – Der Politbürofall, BGHSt 48, 77	386
2. Die Kausalität der Unterlassung andere Handlungspflichtige einzuschalten – Der Blutbankfall, BGH NJW 2000, 2754	389
3. Mitverschulden durch Unterlassen vollständiger Informationen – Der Bremsenfall, BGHSt 52, 159	392
4. Hinweise zur praktischen Anwendung	394
§ 31 Die Garantenpflicht im subjektiven Tatbestand	396
1. Der Irrtum über die Garantenstellung und der Irrtum über die Garantenpflicht – Der Vergewaltigungsfall, BGHSt 16, 155	396
2. Zur Unterscheidung der Rechtspflichten, die eine Garantenstellung begründen, von der Garantenpflicht als gesamttatbewertendes Merkmal Der Steuererklärungsfall, OLG Bremen StV 1985, 282	398
3. Hinweise zur praktischen Anwendung	399
§ 32 Sonderformen des Verbrechens durch Unterlassen	400
1. Der Anfang der Ausführung beim Unterlassungsdelikt – Der Bahngleisfall, BGHSt 38, 356	400
2. Der Rücktritt vom Versuch des Unterlassungsdelikts – Der Kindesmisshandlungsfall, BGH NStZ 2003, 252	401
3. Zur Unterscheidung zwischen Mittäterschaft und Beihilfe durch Unterlassen – nochmals der Bahngleisfall, BGHSt 38, 356	403
4. Hinweise zur praktischen Anwendung	407

VII. DIE LEHRE VON DEN KONKURRENZEN

§ 33 Funktion und Systematik der Lehre von den Konkurrenzen	409
1. Die Konkurrenzformen	409

2. Die Idealkonkurrenz	410
3. Die scheinbare Konkurrenz von Tatbestandsverwirklichungen, sog. Gesetzeskonkurrenz	411
a) Die Spezialität von Tatbestandsverwirklichungen	411
b) Die sog. stillschweigende Subsidiarität	412
c) Die Aufgabe der Rechtsfigur der stillschweigenden Subsidiarität – Der Einbrecherfall NStZ 2018, 708	413
d) Die formelle Subsidiarität	414
4. Die scheinbare Gesetzeskonkurrenz, sog. mitbestrafte Vor- und Nachtat	415
5. Die prozessrechtlichen Konsequenzen der Idealkonkurrenz und der Gesetzeskonkurrenz	416
6. Zusammentreffen des Versuchs einer schweren mit der Vollendung einer minderschweren Deliktsvariante – Der Kindesaussetzungsfall, BGH NStZ 2017, 90	417
§ 34 Die Bildung der Tateinheit	419
1. Die tatbestandliche Verbrechenseinheit kraft natürlicher Handlungseinheit	419
2. Idealkonkurrenz kraft Erfolgseinheit –Der sog. Scheunentorfall BGH NStZ 2016, 721	420
3. Idealkonkurrenz kraft Absichtseinheit	421
4. Aufspaltung statt Entklammerung – Der Fall Freundeskreis Rade, BGH JZ 2016, 473	423
5. Die Aufspaltung einer Zeiteinheit durch eine hinzutretende zweite Tatbestandsverwirklichung – Der Waffenbesitzfall, BGH NStZ-RR 1999, 8	425
6. Hinweise zur praktischen Anwendung	427
Literaturverzeichnis	429
Entscheidungsverzeichnis	453
Stichwortverzeichnis	459